

JÜRGEN LOSE:

**„Riester-Rente“  
diskriminiert  
Wohneigentum**

Der größte Traum der meisten Deutschen ist das eigene Dach über dem Kopf. Berechnungen zeigen, dass mietfreies Wohnen in den eigenen vier Wänden für ein Rentnerehepaar mit 1278 Euro Einkommen einer zusätzlichen Rente von rund 30 % gleichkommt. Das ist eine attraktive Perspektive, vor allem im Hinblick auf die sinkenden Rentenleistungen.

Im vergangenen Jahr ist es erst auf massiven Druck der bauwirtschaftlichen Verbände hin und nach langwierigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss gelungen, das Wohneigentum mit in die staatlich geförderte private Altersvorsorge einzubeziehen.



Dr. Jürgen Lose

Für die meisten jungen Haushalte ist aber eine parallele Finanzierung von Wohneigentum und geförderter Altersvorsorge nicht möglich. Die derzeitige Einbeziehung des selbst genutzten Wohneigentums in die private Altersvorsorge über das jetzige Entnahmeverfahren kann daher nur eine Hilfslösung sein. Auf die Dauer muss die volle Einbeziehung der selbst genutzten Immobilie in die „Riester-Rente“ gewährleistet werden.

Dr. Jürgen Lose, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ), Köln, in einer Pressemitteilung.

STEPHAN GÖTZL:

**Positives Signal für  
den Transrapid**

Die bayerische Wirtschaft begrüßt das klare Signal von amtlicher Seite, wonach der Realisierung des Transrapids zum Flughafen München über die Westtrasse keine wesentlichen Hindernisse im Wege stehen. Nachdem sich die Landeshauptstadt leider gegen das Projekt ausgesprochen hat, ist dies ein wichtiges Zeichen auch in Richtung Bund.

Es wäre ein Skandal, wenn der Bund von einem Baubeginn im Jahr 2006 ausgeht und deshalb die mittelfristigen Bundeszuschüsse im Haushalt für das Land Nordrhein-Westfalen einplanen würde.

Der Bund muss nun beweisen, dass seine Bekenntnisse zur Transrapid-Technologie nicht nur Lippenbekenntnisse waren. Wenn Bayern und NRW politisch gegeneinander ausgespielt werden, gefährdet das unter Umständen beide Projekte. Bei nicht ausreichender Finanzierung muss das wirtschaftlich sinnvollere Projekt unterstützt werden.

Stephan Götzl, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), zur Entscheidung der Regierung von Oberbayern, die unter der Auflage der technischen Erfüllbarkeit grünes Licht für den Bau der Strecke zwischen München-Hauptbahnhof und dem Münchner Flughafen gegeben hat.



Friedrich Riebel

FRIEDRICH RIEBEL:

**Ist die Besteuerung  
verfassungswidrig?**

Hier sind die Antworten auf drei Fragen, die uns den Zustand unseres Staatswesens schildern:

Erstens: Was kostet 1 Euro mehr Lohn oder Gehalt in unseren Firmen? 1 Euro mehr Lohn oder Gehalt kosten die Firma 1,85 Euro. Der Mitarbeiter erhält dafür durchschnittlich 60 Cent. Also weniger als ein Drittel der Aufwendungen.

Zweitens: Wie viele Stunden muss ein Facharbeiter arbeiten, um sich selbst eine Facharbeiterstunde leisten zu können? Er muss einen ganzen Arbeitstag (8,5 Stunden) arbeiten, damit er sich mit seinem Nettoverdienst eine fremde Facharbeiterstunde – nämlich 47 Euro einschließlich Mehrwertsteuer – leisten kann.

Drittens: Wo bleibt das Gewaltmonopol unseres Staates? Der Wert der Schwarzarbeit wird mit jährlich mindestens 350 Mrd. Euro geschätzt. Der Wert der Steuerverschwendung öffentlicher Hände mit ca. 30 Mrd. Euro. Mit wirksamer Begrenzung der Verschwendung und der Bekämpfung von Schwarzarbeit könnten Steuern und Abgaben für alle Bürger drastisch gesenkt werden.

Der Bundesfinanzhof hält die Besteuerung der Spekulationsgewinne für verfassungswidrig, weil der Staat diese Besteuerung nicht durchsetzt. Was gilt dann für unsere Besteuerung, wenn der Staat derartige Auswüchse bei Schwarzarbeit und Geldverschwendung zulässt? Ist auch unsere normale Besteuerung verfassungswidrig?

Friedrich Riebel, geschäftsführender Gesellschafter der Xaver Riebel in Kommanditgesellschaft, Mindelheim, bei der Jahrespresskonferenz der Riebel-Frimengruppe in Buchloe.

MICHAEL SOMMER:

**Der Baubranche droht  
Fachkräftemangel**

Trotz Konjunkturtief und Strukturwandel der deutschen Bauwirtschaft sind Bauingenieure gefragte Experten, die in drei bis vier Jahren absolute Mangelware werden. Ungeachtet der Probleme auf dem Baumarkt betrachten wir den Rückgang der Studienanfängerzahlen im Baubereich mit großer Sorge. Statt 12 000 wie noch Mitte der 90er Jahre schreiben sich im laufenden Jahr nur noch 6000 Studienanfänger an den Bau fakultäten ein. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Abbruchquote von 50 % werden dann ca. 3000 Studenten das Diplom erwerben. Damit ist im Hinblick auf den jährlichen Bedarf von 5000 Absolventen schon jetzt ein gravierender Mangel abzusehen.

Prof. Michael Sommer, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Bauindustrie für Niedersachsen, bei der Diplomfeier des Fachbereichs Bauingenieurwesen an der Fachhochschule Nordostniedersachsen in Suderburg.

ULRICH WEISS:

**Mittelstand auf  
dem besten Weg  
ins Abseits**

Die Bundesregierung ist auf dem besten Weg, den Mittelstand ins Abseits zu manövrieren. Wenn es nicht bald gelingt, ordnungspolitisch saubere und faire Reformen zu realisieren, wird der Mittelstand ausbluten.

Es ist unverantwortlich, dem Mittelstand, insbesondere der mittelständischen Bauwirtschaft, immer mehr finanzielle, gesetzliche und administrative Bürden aufzuerlegen, den Konzernen hingegen immer mehr Erleichterungen zu verschaffen.

Mit der Malträtierung des Mittelstands muss endlich Schluss sein, andernfalls droht Deutsch-



Ulrich Weiß

land ein arbeitsmarktpolitisches Fiasko ohnegleichen.

Ulrich Weiß, Präsident der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen (BVMB), in der parlamentarischen Runde der BVMB in Berlin.

HEINZ-WERNER BONJEAN:

**Mehr Fokussierung  
auf den Mittelstand**

Nur eine Politik, die sich auf die Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen fokussiert, ist eine gute Wirtschaftspolitik; dies gilt besonders für unsere stark mittelständisch geprägte deutsche Bauwirtschaft. Daran werden die über 300 000 Mitgliedsbetriebe der Bundesvereinigung Bauwirtschaft die politischen Parteien und ihre Wahlprogramme messen, bevor sie ihre Wahlentscheidung am 22. September treffen. Daher gilt es, in der Wirtschaftspolitik die Marktkräfte zu stärken und die Bürokratie abzubauen. Nur wenn sich der Staat wieder mehr auf seine eigentlichen hoheitlichen Aufgaben konzentriert und sich aus all den Bereichen zurückzieht, in denen die Leistungen durch



Heinz-Werner Bonjean

private Anbieter wirtschaftlicher erledigt werden können, wird es gelingen, die notwendigen Mittel für investive Aufgaben freizusetzen.

Heinz-Werner Bonjean, Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, in Berlin.



CRÉATEUR D'AUTOMOBILES

**RENAULT Master**

... liegen hinter uns. Und hunderte von Kilometern liegen vor uns. Aber unser Renault Master 2.5 dCi schafft mit einer Tankfüllung locker 1.124 Kilometer. Kein Wunder bei einem Verbrauch von nur 8,9 Litern auf 100 Kilometer\* und dem 100-Liter-Tank. Da spielt es fast keine Rolle mehr, was noch alles vor uns liegt. Und wie weit es bis zur nächsten Tankstelle ist. [www.renault.de](http://www.renault.de)

**Hunderte von Kilometern ...**

PUBLICIS

Infos unter 0180/5 15 65 14 (0,12 EUR/Min.)

\* Verbrauch insgesamt nach 1999/100/EG.